

Zimmermann, Guido; Uterwedde, Henrik; Schwarzer, Daniela

Article

Strukturprobleme und schleichende Deindustrialisierung: Ist Frankreich das neue Sorgenkind Europas?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Zimmermann, Guido; Uterwedde, Henrik; Schwarzer, Daniela (2013) : Strukturprobleme und schleichende Deindustrialisierung: Ist Frankreich das neue Sorgenkind Europas?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 03, pp. 3-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165226>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturprobleme und schleichende Deindustrialisierung: Ist Frankreich das neue Sorgenkind Europas?

Seit vergangenem Herbst häufen sich Negativmeldungen über die Wirtschaft Frankreichs. Wachstumsschwäche, hohe und steigende Arbeitslosigkeit, anhaltende außenwirtschaftliche Defizite und ein hoher Schuldenstand verweisen auf Strukturprobleme und eine schleichende Deindustrialisierung. Wie kann das Land die Krise überwinden?

Frankreich: Das enfant terrible du jour der Eurozone

Phasen und Ursachen des Deindustrialisierungsprozesses in Frankreich

Der Deindustrialisierungsprozess in Form eines abnehmenden Anteils der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Relation zur Gesamtbeschäftigung² verläuft in allen entwickelten Ländern nun schon seit Jahrzehnten und kann seit spätestens der Jahrtausendwende nur in einem großen historischen Kontext im Zuge des Aufbaus globaler Beschaffungsketten (Supply Chains) verstanden werden, bei dem sich die Schwellenländer tendenziell industrialisieren und die entwickelten Länder deindustrialisieren (vgl. Baldwin 2012; Trennega 2011). Einiges deutet gleichzeitig aber auch darauf hin, dass die Industrie seit 2005 global in eine neue, dynamische Phase eingetreten ist, so dass mittlerweile schon von einer neuen Industriellen Revolution gesprochen wird (vgl. Marsh 2012a, McKinsey 2012 und Baldwin 2012).³ Diese ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: (1) das »vernetzte

Verarbeitende Gewerbe«, das Design und physische Produktion – wenn auch räumlich oft getrennt – miteinander verbindet; (2) die globale »Nischen«-Produktion, bei der sich Firmen auf eine enge Produktpalette spezialisieren, diese aber global verkaufen; und (3) der schnelle Transfer von »Produktionsintelligenz« in Form von Designs, intellektuellem Eigentum und Technologie (vgl. Marsh et al. 2012). In vielen Ländern wird daher von der Politik geprüft, wie durch eine Wiederbelebung des Potenzials der Industrie Arbeitsplätze und das Wirtschaftswachstum gefördert werden können (vgl. Marsh 2012b).



Guido Zimmermann*

Alles deutet leider darauf hin, dass Frankreich nicht an dieser neuen Dynamik im Industriesektor beteiligt ist und sich der über die Branchen hinweg natürlich sehr heterogene Deindustrialisierungsprozess seit 2000 und vor allem seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 beschleunigt hat. Dieser Prozess kann für Frankreich historisch gesehen in vier Phasen unterteilt werden (vgl. Eudeline et al. 2012): Von 1980–1989 nahm die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe in Relation zur Gesamtbeschäftigtenzahl von 22,1% auf 17,8% zwar ab, der Außenhandelsbilanzsaldo des Verarbeitenden Gewerbes war aber im Schnitt ausgeglichen, und die Gewinnmargen der Industrieunternehmen stiegen sogar an. Die Deindustrialisierung war damit zwar real spürbar, konnte aber gemeistert werden. Von 1990–2000 sank der Anteil der Beschäftigten von 17,8% auf 14,3%. In dieser Phase begann der Außenhandelsbilanzsaldo des Verarbeitenden Gewerbes strukturell defizitär zu werden. Von 2001–2007 sank der Anteil der Beschäftigten von 14,2% auf 12%, die Gewinnspannen gingen zurück und das Außenhandelsbilanzdefizit des Verarbeitenden Gewerbes verfestigte sich weiter. Seit 2008 verstärkte der Ausbruch der Finanzkrise die Deindustrialisierung Frankreichs, die Gewinnspannen verringerten

* Dr. Guido Zimmermann ist Senior Credit Analyst der Group Covered Bonds/Financials Research bei der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart.

Die hier vertretenen Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denen der Landesbank Baden-Württemberg.

¹ Das Verarbeitende Gewerbe dient als Proxy für die Industrie, die gemeinhin noch die Bergbau- und Bauindustrie umfasst.

² Über eine Definition des Phänomens der Deindustrialisierung besteht in der Literatur kein Konsens, zumeist ist hiermit aber der Aspekt des Arbeitsplatzverlusts gemeint. Als »Deindustrialisierung« soll daher im Folgenden in erster Linie der Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie bezeichnet werden (vgl. Scheuer und Zimmermann 2006). Trennega (2011) sieht einen Prozess der Deindustrialisierung dann vorliegen, wenn sowohl der Anteil der Beschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung als auch der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt zurückgeht.

³ Vgl. aber Gordon (2012) für eine wesentlich pessimistischere Einschätzung.

sich zunehmend – getrieben durch ein niedrigeres Produktivitätswachstum –, und das Außenhandelsbilanzdefizit des Verarbeitenden Gewerbes vergrößerte sich abermals.

Demmou (2010) hat in einer vielzitierten Studie die Ursachen für den Niedergang des Verarbeitenden Gewerbes in Frankreich für den Zeitraum 1980–2007 untersucht. Die diagnostizierten Ursachen sind die folgenden: (1) Das Outsourcing von Geschäftsprozessen aus der Industrie an den Dienstleistungssektor zur Effizienzsteigerung; (2) die Erhöhung der Arbeitsproduktivität; und (3) das Outsourcing von Stellen in das Ausland durch einen Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. 25% der Stellenverluste können gemäß dieser Studie durch das Outsourcing der Industrie von Marktdienstleistungen erklärt werden, was aber wiederum lediglich ein statistisches Artefakt, aber keinen wirklichen Arbeitsplatzabbau impliziert. Weitere 30% der abgebauten Stellen sind auf eine Veränderung der Nachfragestruktur (in Verbindung mit relativen Produktivitätsgewinnen im Verarbeitenden Gewerbe) zurückzuführen. Je nach Messmethodik werden zwischen 13% und 40% durch Stellenverlagerungen in das Ausland erklärt. Dieser Effekt der Globalisierung hat seit 2000 an Bedeutung gewonnen (ca. 28% Erklärungsgehalt für 2007–2011 (vgl. Eudeline et al. 2012)). Zudem ist seit 2000 der Effekt zu konstatieren, dass die Exporte von Mid-Tech- und High-Tech-Produkten abgenommen haben.⁴ Vieles deutet darauf hin, dass sich die französische Industrie aktuell in einem Teufelskreis befindet, in dem die französischen Unternehmen, bedingt durch den harten globalen Wettbewerb, es nicht mehr schaffen, ihre Gewinnspannen aufrechtzuerhalten. Dies hat wiederum dazu geführt, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung zurückgefahren wurden, was wiederum das Angebot an High-Tech-Produkten senkte. Seit 2008 scheint zudem noch ein nicht wirklich erklärbarer Strukturbruch in der totalen Faktorproduktivität aufzutreten, der den Deindustrialisierungsprozess zusätzlich beschleunigt (vgl. Eudeline et al. 2012).

Kann und sollte die Deindustrialisierung gestoppt werden?

Obwohl in Frankreich schon länger über den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit geklagt wird (vgl. Baverez 2003), so hat doch schlussendlich der vernichtende »Gallois-Report« (vgl. Gallois 2012) über die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs die Regierung Hollande im November 2012 aufgerüttelt⁵ und

sie veranlasst, verschiedene – aber leider auch inkohärente – Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen. Ob aber mit einer expliziten Industriepolitik zu Gunsten des Verarbeitenden Gewerbes, wie z.B. von Aghion et al. (2011) befürwortet, dauerhaft wirklich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können, ist zumindest zu hinterfragen, da die Industrie im 21. Jahrhundert in erster Linie durch Computerisierung und weniger durch »Man Power« geprägt sein dürfte (vgl. Baldwin 2012). Inwieweit die Industrie wirklich essenziell für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist, ist ebenfalls sehr umstritten.⁶ Gleichfalls kontrovers ist die Frage, ob eine Industriepolitik zu befürworten ist oder nicht.⁷

Vor industriepolitischen Aktivismus ist u.E. zu warnen. Zum einen ist Industriepolitik in vielen Ländern in der Vergangenheit nicht großer Erfolg beschieden gewesen. Die Industrie hat des Weiteren keine Sonderrolle inne, die eine Politik zum Erhalt des Anteils der Industrie an der Bruttowertschöpfung rechtfertigen könnte. Zudem muss man sich die Frage stellen, ob ein Land sich tektonischen Verschiebungen in den komparativen Vorteilen wirklich widersetzen sollte. Wie die Innovationsmaschine USA des Weiteren gezeigt hat, ist das Verarbeitende Gewerbe nicht die einzige Quelle von Innovation und technischem Fortschritt (vgl. Gordon 2011). Der wichtigste Punkt ist, dass Deindustrialisierung nichts Negatives sein muss, solange genügend Ersatzarbeitsplätze bereitgestellt werden (vgl. Scheuer und Zimmermann 2006; Tregenna 2011). Dies hängt aber wiederum von Strukturformen in Form eines Abbaus von Funktionsstörungen auf den Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten ab, wie auch der Internationale Währungsfonds (vgl. IWF 2012) kürzlich für Frankreich anmahnte. Die Deindustrialisierung Frankreichs im Sinne eines Abbaus von Arbeitsplätzen ist aufgrund der zunehmenden Computerisierung des Verarbeitenden Gewerbes damit vielleicht nicht umkehrbar, die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger haben es aber selbst in der Hand, durch Strukturformen in anderen Branchen Arbeitsplätze zu schaffen und die Möglichkeit für vermehrte Innovationen zu generieren.

Der Hauptgrund für den im internationalen Vergleich sehr starken Einbruch der Exporte Frankreichs ist ein Strukturbruch in der Fähigkeit, international kompetitive Güter zu produzieren. Im Deindustrialisierungsprozess Frankreichs spielen damit Angebotsbeschränkungen die dominante Rolle (vgl. Noyer 2011). So kann auch in einem direkten Vergleich zwischen der französischen und deutschen Industrie – ein Vergleich, der die französische Wirtschaftspolitik sehr beschäftigt – gezeigt werden, dass die Fähigkeit der französischen Industrie, auf Veränderungen der globalen Nachfra-

⁴ Gemäß dem Komplexitätsatlas der Harvard Kennedy School, der das in den produzierten Gütern eines Landes enthaltene produktive Wissen misst, befindet sich Frankreich lediglich auf Rang 11 (Deutschland Rang 2) von 128 untersuchten Ländern (vgl. Hausmann et al. 2011).

⁵ Gemäß dem Global Competitiveness Report 2012–2013 befindet sich Frankreich lediglich auf Platz 21 (Deutschland auf Platz 3) von 144 untersuchten Ländern (vgl. World Economic Forum 2012).

⁶ Vgl. hierzu Baghwati (2011) und Rodrik (2011) für zwei konträre Positionen.

⁷ Interessant sind hier die diametral entgegengesetzten Positionen der jeweiligen Sachverständigenräte in Deutschland (vgl. SVR 2009) und Frankreich (vgl. Aghion et al. 2011).

ge flexibel zu reagieren, weitaus geringer ist als die der deutschen, obwohl sich die Strukturen in Bezug auf sektorielle Spezialisierung und geographische Orientierung gar nicht so sehr unterscheiden (vgl. Coe-Rexecode 2011).

Die Flexibilisierung der Angebotsseite einer Volkswirtschaft benötigt Zeit, und dass die hierfür notwendigen Reformen nun ausgerechnet in einem aktuell makroökonomisch sehr schwierigen Klima stattfinden müssen, ist bitter, da wir aus den Reformprozessen anderer Länder gelernt haben, dass angebotspolitische Reformen im Sinne eines »two-handed-approach« (vgl. Jerger und Landmann 2006) durch nachfrageseitige Stimuli begleitet werden müssen, sollen sie erfolgreich sein. Der Ausblick für die französische Industrie ist damit nicht rosig. Denn die französische Industrie dürfte auch in der mittleren Frist mit einer Nachfrageschwäche nach ihren Produkten, niedrigen Gewinnmargen, einer hohen Steuerbelastung, und dem Problem, geeignetes Personal zu finden, konfrontiert sein (vgl. Artus 2011).

Rotierende Rezessionen und wechselnde Sorgenkinder in der Ewu

Unabhängig von der Deindustrialisierung hat Frankreich viele Probleme, aber es sollte auch nicht vergessen werden, dass Frankreich vor noch nicht allzu langer Zeit nicht schlecht da stand (vgl. Blanchard 2007). Und die Eurozone hat ja noch jede Menge anderer Sorgenkinder: Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland, ... Mehr über Frankreich sollte man sich u.E. daher darüber Sorgen machen, dass die Europäische Währungsunion in ihrer jetzigen Form »Rotating Slumps« erzeugt (vgl. Landmann 2012), die auf Dauer keinem Mitgliedsland erspart zu bleiben scheinen. Auch Deutschland war noch vor ein paar Jahren der »kranke Mann Europas« und ist bei weitem nicht so gut aufgestellt, wie es momentan in der öffentlichen Debatte oft suggeriert wird. Denn wie der Internationale Währungsfonds vor kurzem herausarbeitete, dürfte auch das hochproduktive, aber stark exportabhängige Verarbeitende Gewerbe in Deutschland in Zukunft verstärkt unter Druck stehen (vgl. Bornhorst und Mody 2012).

Literatur

Aghion P. et al. (2011), *Crise et croissance: une stratégie pour la France*, Rapport du Conseil d'Analyse Économique, La documentation française.

Artus, P. (2011), »Unfortunately, France's Deindustrialisation May Well Gather Pace«, *Natixis Flash Economics*, 30. November, No 870.

Baldwin, R. (2012), »Global Supply Chains: Why They Emerged, Why They Matter, and Where They Are Going«, CTEI Working Papers CTEI-2012-13.

Baverez, N. (2003), *La France qui tombe: Un constat clinique du déclin français*, Perrin.

Bhagwati, J. (2011), »The Opposition's Opening Remarks«, The Economist.com Debate: Manufacturing, 28. Juni, online verfügbar unter: <http://www.economist.com/debate/overview/207>.

Blanchard, O. (2007), »France's Economic Health«, MIT, Cambridge, online verfügbar unter: <http://economics.mit.edu/files/763>.

Bornhorst, F. und A. Mody (2012), »Tests of German Resilience«, IMF WP/12/239, Oktober.

Coe-Rexecode (2011), »Mettre un terme à la divergence de compétitivité entre la France et l'Allemagne«, Etude réalisée pour le Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, 14. Januar.

Demmou, L. (2010), »La désindustrialisation en France«, Documents de travail de la DG Trésor, Numéro 2010/01, Juni.

Eudeline, J.-F. et al. (2012), »L'industrie manufacturière en France depuis 2008: quelles ruptures?«, INSEE Note de Conjoncture, Dezember.

Gallois, L. (2012), »Pacte pour la compétitivité de l'industrie française«, Rapport au Premier ministre, 5. November.

Gordon, R.J. (2011), »Is Manufacturing in the EU Disappearing and Does It Need Policy Intervention?«, Presentation Aspen Institute Italia, Mailand, 9. Mai.

Gordon, R.J. (2012), »Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Headwinds«, NBER Working Paper No. 18315, August.

Hausmann, R. et al. (2011), *The Atlas of Economic Complexity*, Harvard Kennedy School.

IWF – Internationaler Währungsfonds (2012), »France«, IMF Country Report No. 12/342, 2012 Article IV Consultation.

Jerger, J. und O. Landmann (2006), »Dissecting the Two-handed Approach: Who's the Expert Hand for What?«, *Applied Economics Quarterly* 52(3), 50–70.

Landmann, O. (2012), »Rotating Slumps in a Monetary Union«, *Open Economies Review* 23(2), 303–317.

Marsh, P. (2012a), *The New Industrial Revolution*, Yale University Press, New Haven.

Marsh, P. (2012b), »High-cost Nations Are Considering a Return to Manufacturing as Innovation Makes it Cleaner and More Competitive«, *Financial Times*, 11. Juni.

Marsh, P. et al. (2012), »The Seven Ages of Industry«, *Financial Times*, 10. Juni.

McKinsey (2012), *Manufacturing the Future: The Next Era of Global Growth and Innovation*, McKinsey Global Institute/McKinsey Operations Practice.

Noyer, C. (2011), »Introductory Letter«, Banque de France, Annual Report.

Rodrik, D. (2011), »The Manufacturing Imperative«, *Project Syndicate*, 10. August.

Scheuer, M. und G. Zimmermann (2006), »Deindustrialisierung: Eine neue »britische Krankheit«?«, *Wirtschaftsdienst* (4), 245–251.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (2009), *Jahresgutachten 2009/10*, Wiesbaden.

Tregenna, F. (2011), »Manufacturing Productivity, Deindustrialization, and Reindustrialization«, UN University Working Paper No. 2011/57.

World Economic Forum (2012), *Global Competitiveness Index 2011–2012*, online verfügbar unter: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GCR_Report_2011-12.pdf.



Henrik Uterwedde*

Frankreich kann seine Krise überwinden

Frankreichs Wirtschaft liefert seit dem vergangenen Herbst Negativschlagzeilen am laufenden Band. »Wird Frankreich das neue Griechenland?« titelt die Bild-Zeitung (31. Oktober 2012); der Economist ortet eine »Zeitbombe im Herzen Europas« (17. November 2012); für Focus online ist unser Nachbar der »neuerkrankte Mann Europas« (1. Februar 2013). Es ist wahr: Die aktuellen Krisensymptome in unserem Nachbarland – Wachstumsschwäche, hohe und steigende Arbeitslosigkeit, anhaltende außenwirtschaftliche Defizite, hohe Defizite der öffentlichen Haushalte und entsprechend hoher Schuldenstand – verweisen auf tiefgreifende strukturelle Probleme. Indessen verfügt Frankreich auch über eine Reihe von Stärken und Potenzialen. Auch sollte in Deutschland zur Kenntnis genommen werden, dass Präsident Hollande längst eine beachtliche Reform-Agenda in Angriff genommen hat, auch wenn diese auf leisen Sohlen daherkommt.

Die strukturellen Probleme: Krise des französischen Modells?

Die Probleme Frankreichs sind seit geraumer Zeit bekannt und in zahlreichen Gutachten analysiert worden (vgl. Uterwedde 2012). Die Schwierigkeit besteht darin, dass es sich um mehrere, miteinander zusammenhängende Problem-bündel handelt, die gleichzeitig den Kern des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells berühren.

Die *Staatsverschuldung* hat sich in den vergangenen 30 Jahren von damals 20% mehr als vervierfacht und ist allein seit 2008 von 65% auf heute über 90% angestiegen. Natürlich hat die schwerste Rezession der Nachkriegszeit im Zuge der weltweiten Finanzkrise 2008/09 dazu beigetragen, aber der Kern des Problems ist struktureller Natur.

* Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg, und lehrt an den Universitäten Stuttgart und Osnabrück.

Die hohen Staats- und Sozialleistungsquoten, die im europäischen Vergleich Spitzenwerte erreichen, sowie eine traditionell expansiv ausgelegte Haushaltspolitik haben trotz ebenfalls hoher Steuerbelastungen und Sozialabgaben regelmäßig zu Finanzierungslücken geführt. Diese permanente Überforderung der öffentlichen Hand gefährdet die Kreditwürdigkeit und künftige Handlungsspielräume. Der Konsolidierungsbedarf ist gewaltig und kann auf mindestens 100 Mrd. Euro für die kommenden fünf Jahre beziffert werden, davon allein 30 Mrd. Euro für das laufende Jahr. Das wird ohne nachhaltige Ausgabenkürzungen und ein Überdenken der bestehenden Staats- und Verwaltungsstrukturen nicht zu meistern sein.

Auch das französische *Wachstumsmodell* hat zur Verschuldungsproblematik beigetragen. Es wird im Wesentlichen von der Dynamik des Binnenmarktes getragen. Entsprechend ist die Wirtschaftspolitik traditionell wachstumsorientiert. Ein nachfrageorientierter, keynesianischer Grundansatz hat die französische Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte geprägt und ist auch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die europäische Wirtschafts- und Währungspolitik spürbar. Diese staatlich alimentierte und kreditfinanzierte Stimulierung der Binnen-nachfrage ist aber an ihre Grenzen gestoßen, und dies nicht nur aus finanziellen Gründen.

Denn die französische Wirtschaft hat kein Nachfrage-, sondern ein Angebotsproblem. Der relative *Niedergang der Industrie* und die damit zusammenhängenden *Schwächen der Wettbewerbsfähigkeit* bilden den Kern der französischen Krise und sind erst kürzlich durch den Bericht des früheren EADS-Chefs Louis Gallois nochmals zusammengefasst worden (vgl. Gallois 2012). Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung von 18% (2000) auf 12,5% (2011) gesunken – das ist der drittletzte Platz innerhalb der Eurozone und widerspricht dem Selbstbild und Anspruch des Landes, über eine starke und diversifizierte Industrie zu verfügen. Frankreichs Exportwirtschaft hat Marktanteile verloren; die Handelsbilanz hat sich seit 2002 ständig verschlechtert und verzeichnete zuletzt ein Defizit in Höhe von 71,2 Mrd. Euro (2011); die Leistungsbilanz ist seit 2005 defizitär.

Auch hier sind die Ursachen struktureller Natur. Die französische Industrie ist – von Ausnahmen abgesehen – weniger in den hochwertigen Segmenten der Produktpalette spezialisiert und damit oft abhängiger von der Preiskonkurrenz als die deutsche Konkurrenz. Umso mehr wurde die Wettbewerbsfähigkeit von der starken Erhöhung der Arbeitskosten in den vergangenen Jahren beeinträchtigt. Die Unternehmen haben, um ihre Märkte nicht zu verlieren, ihre Gewinnmargen reduziert. Zusammen mit der hohen Steuer- und Abgabenlast führt dies dazu, dass die für eine stärkere qualitative Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Forschungs- und Innovationsanstrengungen der Unternehmen

deutlich hinter den fortgeschrittensten Ländern in Europa hinterher hinken. Schließlich wird die französische Unternehmenslandschaft von den weltweit sehr gut aufgestellten Großkonzernen geprägt, während große, selbständige und erfolgreiche mittelständische Firmen fehlen. Verantwortlich ist zum einen eine gewisse Fixierung der Politik auf Großunternehmen – der Ruf nach starken »Champions« gehört zum Standardrepertoire französischer Politiker. Zum anderen stellen zahlreiche starre Regulierungen, etwa im Arbeitsrecht, Entwicklungshürden gerade für erfolgreiche kleinere Unternehmen dar.

Frankreichs Stärken und Potenziale

Allerdings wäre das Tableau unvollständig, ohne die zahlreichen Stärken und Potenziale zu erwähnen, die Frankreichs Platz als zweitstärkste Ökonomie Europas begründen.

Zunächst einmal verfügt Frankreich bei allen Schwächen auch über eine Reihe von starken Positionen auf dem Weltmarkt. Das gilt für industriepolitisch geförderte Bereiche wie die Luft- und Raumfahrtindustrie, den Energiesektor, den Schienenfahrzeugbau oder den Rüstungssektor, aber auch für traditionelle Bastionen wie die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie, die Luxusgüter- und die Pharmaindustrie, den Hoch- und Tiefbau oder den Tourismus, kommunale Dienstleistungen (Verkehr, Wasserversorgung, Müllbeseitigung usw.) und Hypermärkte. Darüber hinaus zählen Frankreichs Großkonzerne, vor allem die im »CAC-40«-Börsenindex versammelten größten börsennotierten Unternehmen, in ihren jeweiligen Geschäftsfeldern zu den weltweit führenden Firmengruppen.

Die ausgezeichnete Qualität der Infrastrukturen, ob es sich um Verkehrswege, das Kommunikationsnetz, die Energieversorgung, Einrichtungen der Kleinkinder- und Vorschulbetreuung oder um die öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge handelt, ist ein weiterer Pluspunkt. Die öffentlichen Forschungseinrichtungen genießen international ein hohes Ansehen. Landschaft, Klima und die hohe Lebensqualität, aber auch der generell gute Ausbildungsstand und eine im europäischen Vergleich sehr hohe Arbeitsproduktivität tun ihr Übriges, um Frankreich zu einem der weltweit attraktiven Standort für ausländische Investoren zu machen.

Zu den positiven Standortfaktoren zählen ferner der anerkannt hohe Standard der sozialen Sicherung, die im internationalen Vergleich sehr gute Gesundheitsversorgung und eine konsequent familienfreundliche Steuer-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik seit 1945. Auch deshalb weist Frankreich heute die dynamischste Geburtenentwicklung in ganz Europa auf. Das schlägt sich nieder in der Bevölkerungsentwicklung. Frankreich, das heute noch 20 Mill. Einwohner we-

niger zählt, wird Deutschland gegen 2050 überholt haben. Diese Dynamik erhöht längerfristig das Arbeitskräfte- und damit auch das Wachstumspotenzial der französischen Wirtschaft. Vor allem aber ist sie das Zeichen einer ungebrochenen Vitalität der französischen Gesellschaft, die allen Krisen und sozialen Verwerfungen zum Trotz von einem Grundvertrauen in die Zukunft getragen wird.

Fazit: Frankreich verfügt über Potenziale, die dem Land helfen können, seine Probleme zu überwinden. Darüber hinaus, so formuliert das Wirtschaftsforschungsinstitut COE-Rexecode, können einige Schwächen auch »zu wirklichen Chancen werden, vorausgesetzt natürlich, dass die notwendigen Reformen weiter verfolgt, verstärkt und umgesetzt werden« (vgl. COE-Rexecode 2012, 2).

François Hollandes mutige Reformagenda

Lange Zeit mangelte es am politischen Willen und am Mut, die notwendigen Reformen anzugehen. Einzelne, wichtige Reformen der vergangenen Jahre wie die Rentenreform, die Förderung dezentraler Unternehmensnetzwerke (Cluster) oder Ansätze der Forschungs- und Innovationsförderung, blieben damit halbherziges Stückwerk und ließen eine übergreifende Handschrift vermissen.

Ausgerechnet der Sozialist François Hollande, der mit einem eher klassischen sozialdemokratischen Programm Nicolas Sarkozy im Mai 2012 aus dem Amt vertrieb, steht nun vor der schwierigen Aufgabe, eine durchgreifende Kurswende der französischen Wirtschaftspolitik einzuleiten und jahrelang verschleppte Reformen voranzutreiben. Trugen seine ersten Aktionen im Sommer noch die Handschrift einer klassischen linken Politik (Steuererhöhungen von Wohlhabende und Großunternehmen, Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst, Arbeitsbeschaffungsprogramme), wurde die Kluft zwischen den geweckten Erwartungen und der krisenhaften Lage schnell offenkundig. Die sich zuspitzenden Probleme erzwangen geradezu eine Reaktion. In dieser Situation hat Präsident Hollande in einer Pressekonferenz am 13. November die Flucht nach vorne angetreten und erstmals eine umfassende Reform-Agenda angekündigt.

Wie schon im Wahlkampf angekündigt, wurde die *Rückführung der Schulden* zu einer Priorität erklärt. Erklärtes Ziel ist, die öffentliche Neuverschuldung von 4,5% im letzten Jahr auf 3% zu senken – das wird allerdings nicht ganz zu schaffen sein – und darüber hinaus bis 2017 eine Nullverschuldung zu erreichen. Die europäischen Stabilitätsvorgaben, aber auch die Glaubwürdigkeit Frankreichs und der Erhalt künftiger Handlungsspielräume waren starke Motive für diesen Kurs. Allein für 2013 musste eine Finanzierungslücke von 30 Mrd. Euro überbrückt werden. Dazu wurden Steuererhöhungen in Höhe von 20 Mrd. beschlossen, die über-

wiegend wohlhabende Haushalte sowie Großunternehmen treffen. Hollande hat aber keinen Zweifel daran gelassen, dass die weitere Konsolidierung über Ausgabenkürzungen erreicht werden muss. Dabei geht es zusätzlich um mindestens 60 Mrd. in den kommenden Jahren. Dies wird ohne Einschnitte in den ausgedehnten öffentlichen Sektor, in dem über 20% der französischen Beschäftigten arbeiten, nicht möglich sein. Damit sind eine Staats- und Verwaltungsreform, eine Entrümpelung der Bürokratie und wohl der Subventionen, aber auch weitere Reformen der sozialen Sicherung (wieder einmal) auf die Tagesordnung gerückt – heftige Widerstände und Konflikte sind vorprogrammiert.

Die *Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit* ist auf der Prioritätenliste ganz nach oben gerückt. Im November beschloss die Regierung ein umfassendes Reformpaket. Darin werden die Konturen einer neuen Angebotspolitik sichtbar. Sie umfasst unter anderem neue Finanzierungsinstrumente für mittelständische Unternehmen, z.B. durch die Gründung einer Mittelstandsbank (Banque publique d'investissement) mit einem Interventionsvolumen von 42 Mrd. Euro, Maßnahmen zur Innovationsförderung, die Stabilität wesentlicher steuerlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen für die Unternehmen (was mit der bislang üblichen Regelungsflut kontrastieren würde), Bürokratieabbau und die Stärkung des Wettbewerbs auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten. Vor allem aber wird eine Entlastung der Unternehmen in Höhe von 20 Mrd. Euro ein Gang gesetzt, die schon ab 2013 greifen soll. Damit erkennt der Präsident erstmals öffentlich an, dass die in Frankreich sehr hohen Lohnnebenkosten ein Problem sind. 10 Mrd. davon sollen durch zusätzliche Eateinsparungen finanziert werden, der Rest durch eine Umstellung der Mehrwertsteuer sowie eine noch zu definierende Umweltsteuer.

Die dringend notwendige *Reform des Arbeitsmarktes* war bislang ein Tabuthema der französischen Politik, an das sich selbst konservative Regierungen nicht heranwagten. Hollande versucht nun, eine Reform über den Weg der sozialen Konzertierung durchzusetzen. Zunächst verhandelten, auf der Basis eines Orientierungspapiers des Arbeitsministeriums, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbände und einigten sich im Januar auf eine Reform. Diese versucht, den Unternehmen mehr Flexibilität etwa bei unbefristeten Arbeitsverträgen einzuräumen und im Gegenzug Missbrauch bei befristeten Verträgen abzubauen, Massenentlassungen vorzubeugen und den Beschäftigten mehr Sicherheit und Perspektiven für ihre Arbeitsplätze zu bieten. Auch wenn das Abkommen von zwei der drei größten Gewerkschaften nicht unterzeichnet wurde, kann das – vom Unternehmerverband als echter Fortschritt gewürdigte – Abkommen als Erfolg für die Regierung gewertet werden. Diese will die Einigung unverändert als Gesetz einbringen und kann hoffen, den zu erwartenden heftigen Widerstand linker Abgeordneter und Gewerkschafter zu neutralisieren.

Offene Erfolgsaussichten

Wie ist der neue Kurs zu bewerten, und wie sind seine Erfolgsaussichten? Zunächst einmal stellt er eindeutig eine wirtschaftspolitische Wende dar. Erstmals wird eine angebotspolitische Antwort auf die Probleme der Wettbewerbsfähigkeit skizziert, werden bislang tabuisierte Reformen angegangen. Bei allen Unterschieden sind Parallelen zum Kurswechsel Gerhard Schröders im März 2003 durchaus angebracht. Dabei vermeidet Hollande angesichts heftiger politischer und sozialer Widerstände zu Recht eine Schocktherapie. Vielmehr versucht er, die Verbände und Sozialpartner so weit wie möglich einzubinden, ohne dabei allerdings die politische Steuerung aus der Hand zu geben. Die anstehende Arbeitsmarktreform wird ein wichtiger, geradezu symbolischer Test für die Erfolgsaussichten dieses Weges sein.

Gewiss, die beschlossenen Maßnahmen sind nur erste Schritte auf einem langen Weg, der vor unseren Nachbarn liegt. Aber bei allen Halbherzigkeiten und Widersprüchen: Es ist Bewegung in bisher verfestigte Strukturen gekommen. Im Übrigen lehrt die Erfahrung, dass die französische Politik immer dann, wenn es um existenzielle Fragen ging, zu mutigen Schritten bereit war. Das war 1958 so, als de Gaulle den Eintritt der noch schwächelnden französischen Wirtschaft in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit einer durchgreifenden Sanierungs- und Modernisierungspolitik begleitete; das war 1983 so, als Mitterrand mit einer spektakulären Kehrtwende dem inflationären Wachstum eine Absage erteilte und später auch den Staatsdirigismus zurückdrängte. Dies könnte auch heute so sein, seit Hollande dem drohenden Niedergang der Wirtschaft seinen »nationalen Pakt für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« entgegengestellt hat. Natürlich kann er scheitern, aber das Signal zum Umsteuern ist gegeben. Schon deshalb verdient der Präsident Respekt und Unterstützung für seinen Weg.

Literatur

COE-Rexecode (2012), *Faibles et atouts de la France dans la zone euro. Le défi de la reconvergence*, Paris.

Gallois, L. (2012), »Pacte pour la compétitivité de l'industrie française«, Rapport au Premier ministre, 5. November.

Uterwedde, H. (2012), »Zeit für Reformen: Frankreichs Wirtschaft im Wahljahr«, *DGAP Analyse* Nr. 5, April.



Daniela Schwarzer*

Frankreichs Industrie im europäischen und globalen Wettbewerb – auf der Suche nach den eigenen Stärken

Seit Jahren schon werden in Frankreich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Zukunft des Wirtschafts- und Sozialmodells debattiert. Eurostat zu Folge machte der Anteil der Industrieproduktion 2011 nur noch 12,5% der Wertschöpfung aus – und der Wettbewerb innerhalb und außerhalb der Europäischen Union nimmt tendenziell zu. Der frühere EADS-Chef Louis Gallois hat im Auftrag des französischen Premierministers Ende 2012 einen warnenden Bericht über die Lage der französischen Industrie vorgelegt. Zwar verfügt diese über traditionell bekannte und auch einige weniger beachtete Stärken. Doch ist es eine große Aufgabe für die 2012 ins Amt gewählte sozialistische Regierung, die fortschreitende Deindustrialisierung aufzuhalten. Erste wegweisende Entscheidungen sind bereits getroffen.

Traditionell blickt Frankreich nach Deutschland, wenn über Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualitäten diskutiert wird. Mit ebensoviel Bewunderung wie Argwohn wird seit Jahren »le modèle allemand« analysiert und die Gründe für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und Exporterfolge sind im Detail bekannt. Die französische Wirtschaft profitiert einerseits von Deutschlands Erfolgen, schließlich ist es für Frankreich bei den Ein- und Ausfuhren nach wie vor der wichtigste Handelspartner. Auch über Direktinvestitionen im jeweiligen Nachbarland besteht eine enge Verflechtung, wenngleich diese bei weitem nicht an die Handelsintensität heran reicht. Andererseits besteht in vielen Bereichen zwischen Unternehmen in beiden Ländern harte Konkurrenz.

Zunehmend unter Druck gerät Frankreich nun auch durch die Entwicklungen in Südeuropa. Länder wie Spanien und Italien verschärfen durch ein niedrigeres Preisniveau die Kon-

kurrenz. Hatten vor Einführung des Euro kompetitive Wechselkursabwertungen der südeuropäischen Nachbarländer die französische Industrie unter Druck gebracht, sind es jetzt reale Abwertungen und Strukturreformen, die Wettbewerber in den Nachbarländern stärken. Gleichzeitig sinkt die Nachfrage nach französischen Gütern mit dem Einbruch der Wirtschaftskraft in diesen für Frankreich traditionell wichtigen Exportmärkten.

Frankreich Performanz in der Krise

Die französische Wirtschaft war von der realwirtschaftlichen Krise in Folge der Finanzkrise 2008/2009 zunächst vergleichsweise weniger betroffen als etwa Italien und Frankreich. Der Abschwung ähnelte in seinem Ausmaß eher dem deutschen – auch wenn die Gründe für die Widerstandsfähigkeit beider Volkswirtschaften unterschiedliche waren. In Frankreich haben der vergleichsweise große Staatssektor und ein stark regulierter Arbeitsmarkt den Abschwung abgepuffert. Da Entlassungen schwierig und Kurzarbeitsmodelle bislang unüblich waren, blieben das Beschäftigungsniveau und der Konsum relativ stabil. Aufgrund ihres geringeren internationalen Offenheitsgrads war die französische Volkswirtschaft weniger verwundbar für den globalen Nachfrageeinbruch, anders als die weltmarktorientierte, deutsche Industrie.

Jetzt aber bremsen gerade die Faktoren, die Frankreich wegen ihrer stabilisierenden Wirkung für die Binnenkonjunktur vergleichsweise gut durch die globale Wirtschaftskrise gebracht haben, die Erholung. Die Anpassungskosten tragen vor allem die Unternehmen, die anders als deutsche Konkurrenten, die auf Kurzarbeit zurückgriffen, ihre Lohnausgaben in der Krise nicht reduzieren konnten. Diese Belastung dämpft ihre Investitionstätigkeit. Die Fähigkeit der Unternehmen, durch Innovation zu wachsen, lässt weiter nach (vgl. Gallois 2012).

Da gleichzeitig eine restriktive Haushaltspolitik den Binnenkonsum belastet, der maßgeblich das französische Wachstum trägt, rückt die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie umso mehr in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Die Fähigkeit, »aus der Krise herauszuwachsen« ist für Frankreich – wie für die meisten anderen EU-Staaten – Voraussetzung dafür, die Nachhaltigkeit des eigenen Wirtschafts- und Sozialmodells zu sichern und den auf rund 91% des BIP stark angewachsenen öffentlichen Schuldenstand wieder abzubauen.

Indikatoren für die Deindustrialisierung

Vor diesem Hintergrund wird mit großer Besorgnis auf den anhaltenden Rückgang der Industrieproduktion an der Wert-

* Dr. Daniela Schwarzer leitet die Forschungsgruppe Europäische Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. 2012/2013 ist sie Fritz-Thyssen-Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Universität Harvard.

schöpfung geblickt. Der Europäischen Statistikbehörde Eurostat zu Folge lag Frankreich 2011 nur noch auf Platz 15 der 17 Eurozonenstaaten mit einem Anteil von 12,5%. Im Jahr 2000 hatte die Industrieproduktion noch 18% zur Wertschöpfung beigetragen. Schwer wiegt auch der Abbau von Arbeitsplätzen. Arbeiteten 1980 noch 5,1 Mill. Beschäftigte in der französischen Industrie, waren dies laut Gallois-Bericht 2011 nur noch 3,11 Millionen.

Zudem sinkt die französische Wettbewerbsfähigkeit insgesamt, was sich auch am sinkenden Exportanteil Frankreichs zeigt. An den Exporten in der EU insgesamt hatte Frankreich im Jahr 2000 einen Anteil von 12,7%. 2011 war dieser in der zwischenzeitlich von 20 auf 27 Staaten erweiterten EU auf 10,3% geschrumpft. Im gleichen Zeitraum stieg der deutsche Anteil an den Gesamtexporten Eurostat zu Folge von 21,4% auf 22,4%. Der Rückgang der französischen Wettbewerbsfähigkeit wirkt sich auf die Wachstumsperspektiven, auf die Arbeitsmarktsituation und auf die öffentlichen Finanzen aus – Frankreich steht vor einer komplexen Problemlage.

Gründe für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

Der von Louis Gallois erstellte Bericht *Pacte pour la compétitivité de l'industrie française* identifiziert vier strukturelle Ursachen für die Schwäche der französischen Industrie. An erster Stelle nennt er Defizite in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Ausbildung. Die öffentlichen F&E-Ausgaben sind in Frankreich mit 2,24% des BIP (2010) im OECD-Vergleich zwar hoch. Doch seien diese nicht ausreichend auf die Förderung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Ein Problem stellen auch die im Vergleich recht geringen F&E-Ausgaben der Unternehmen dar: Die OECD beziffert diese für 2010 mit 1,4% des BIP (Deutschland: 1,9%). Auch dem Ausbildungssystem attestiert der Gallois-Bericht – abgesehen von der Ingenieursausbildung – maßgebliche Schwächen.

Ein zweites Problem ist die Unternehmensfinanzierung. Der Kapitalzugang ist schwierig und dürfte durch die neuen Basel-III-Vorgaben noch schwieriger werden. Die Finanzierungssituation für die Industrie kann sich überdies zuspitzen, wenn die Verschuldungskrise in der Eurozone auch Frankreich – begründet oder unbegründet – unter Druck bringen würde. Momentan profitiert der französische Staat von guten Refinanzierungsbedingungen: Die Spreads im Bereich der zehnjährigen Staatsanleihen liegen bei nur 0,67 Basispunkten im Vergleich zur Bundesanleihe. Das ist ein deutlicher Unterschied zu Italien (2,96) und Spanien (3,85) (vgl. Thomson Reuters, 6. Februar 2013). Sollten die Risikoaufschläge auf Anleihen steigen, dürfte dies aufgrund des engen Zusammenhangs in der Entwicklung von Finanzierungsbedingungen für Staaten und Unternehmen auch letztere stärker belasten.

Frankreich hat viele international erfolgreiche Großkonzerne. Unter den weltweit 500 größten Firmen sind 40 französische und 39 deutsche. Große Unternehmen tragen, wie dies verschiedene Berichte darlegen, einen überproportional großen Anteil zur Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften bei. Der Wettbewerbsvorteil entsteht nicht durch Größe per se, sondern etwa durch höhere Produktivität, Innovationsfähigkeit, bessere Management- und Anreizstrukturen sowie Finanzierungsbedingungen. In Frankreich haben der Forschungsgruppe EFIGE (2011) zu Folge etwa 8% der Unternehmen mehr als 250 Beschäftigte, in Deutschland sind dies 11%. Die Vergleichszahlen für Spanien und Italien liegen bei rund 5%. Ihnen gegenüber hat Frankreich also einen relativen Vorteil – doch reicht dies allein nicht. Es fehlt nach wie vor ein wettbewerbsfähiger Mittelstand. Dabei verzeichnet Frankreich – anders als vielleicht gemeinhin angenommen – relativ viele Unternehmensneugründungen. Dass diese oftmals keine kritische Größe und internationale Marktpräsenz erreichen, ist ein weiteres Problem, das der Gallois-Bericht hervorhebt.

Im Vergleich mit Deutschland oder auch Italien sei überdies die unternehmerische Zusammenarbeit wenig ausgeprägt. Beziehungen mit Zulieferbetrieben seien wenig strukturiert und nicht ausreichend kooperativ. Darüber hinaus, so der Bericht und die immer wieder von Unternehmensvertretern geäußerte Kritik, belasten die Inflexibilität des Arbeitsmarktes und der fehlende Dialog der Sozialpartner die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit.

Aufgaben für die Regierung

Die Regierung unter Premier Jean Marc Ayrault hat auf diese Herausforderung bereits in den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit mit einer wirtschaftspolitischen Wende reagiert. Mit dem Ende 2012 geschlossenen »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit« soll Lohnzurückhaltung insbesondere im Dienstleistungssektor gefördert werden, denn hier verzeichnet Frankreich, anderes als im produzierenden Gewerbe, eine deutlich höhere Lohnstückkostenentwicklung als Deutschland.

Darüber hinaus wurde Mitte Januar nach mehr als dreimonatigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und drei Gewerkschaften eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts vereinbart. Der Kompromiss, der nun ohne größere Zwischenfälle in Gesetz gegossen werden dürfte, ist in der Substanz ebenso wichtig wie in der Methode. Unternehmen sollen Gehälter und Arbeitszeiten in wirtschaftlich schwieriger Lage deutlich reduzieren können. Entsprechende Vereinbarungen sollen von Fall zu Fall auf Unternehmensebene ausgehandelt werden. Entlassungen sollen erleichtert werden. Arbeitsverträge mit kürzerer Laufzeit werden stärker besteuert, Subventionen für unbefristete Verträge für junge Arbeitnehmer werden dafür gestrichen. Die größere Vertragsflexibilität soll

mit einem leichteren Zugang zur Arbeitslosenversicherung und Weiterbildungsmaßnahmen im Falle einer Entlassung kompensiert werden.

Kooperation der Sozialpartner

Richtungsweisend ist, dass die Vereinbarung von den Tarifpartnern ausgehandelt wurde und bislang keine Proteste provoziert hat. Traditionell ist die Streikbereitschaft sehr hoch. Dieser Erfolg lässt erwarten, dass Präsident Hollande die Sozialpartner weiter stark einbezieht. Unter seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy, der sich Liberalisierungen und einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verschrieben hatte, waren wichtige Reformen »an der Straße« gescheitert. Hollande gelingt hier möglicherweise ein Durchbruch.

Zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie wurde Ende 2012 überdies eine Unternehmensteuerreform beschlossen. Die Entlastungen belaufen sich über drei Jahre auf 20 Mrd. Euro. Unternehmen profitieren demnach von Steuerrückerstattungen je nachdem, wie viele Beschäftigte im unteren Einkommenssegment nicht mehr als das Zweieinhalbfache des gesetzlichen Mindestlohns verdienen. Zur Gegenfinanzierung wurde die Mehrwertsteuer erhöht und Staatsausgaben gesenkt. Unternehmensvertreter – und auch Berichterstatter Gallois – hatten allerdings eine direkte Absenkung der Lohnnebenkosten gefordert. Einer der Gründe, warum diese Idee nicht aufgenommen wurde, lag in ihrer unmittelbaren Wirksamkeit im Staatshaushalt. Die Steuerrückerstattung konnte bald nach Amtsantritt der neuen Regierung beschlossen werden, schlägt aber erst 2014 tatsächlich zu Buche. Paris kämpft darum, seine Neuverschuldung 2013 auf die Maastrichtobergrenze von 3% des BIP zu bringen.

Zu den weiteren großen Herausforderungen für die französische Regierung gehören daher die Reduzierung der Staatsausgaben und die Reform des Rentensystems. Frankreich ist das OECD-Land mit der höchsten Ausgabenquote. Da Ausgabenkürzungen entsprechend breit in der Bevölkerung gefühlt werden und den Konsum belasten dürften, könnten schon die für das laufende Jahr beschlossenen Budgetkürzungen von 37,5 Mrd. Euro den Konsum und die Stimmung drücken. Der Internationale Währungsfonds (2012) hat Frankreich darüber hinaus Zurückhaltung bei der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns empfohlen.

Initiativen auf europäischer Ebene

Wenn in Frankreich über Industrie- und Standortpolitik diskutiert wird, sind Initiativen auf EU-Ebene zumeist Teil der Debatte. So hat Präsident Hollande Projektbonds und eine intensiveren Rolle für die Europäische Investitionsbank unter-

stützt. Kürzlich kritisierte er die Stärke des Euro, der aus Sicht vieler Franzosen überbewertet ist und die Wettbewerbsfähigkeit unnötig belastet. Seit Einführung der Gemeinschaftswährung wird in Frankreich tendenziell offensiver über Wechselkurspolitik diskutiert als in Deutschland, insbesondere mit Blick auf die Währungen von Konkurrenten wie China, die künstlich schwach gehalten werden und somit den Wettbewerb verzerren. Auf Unterstützung stößt in Frankreich traditionell auch die Idee, auf EU-Ebene investitionsintensive Innovations- und Industrieprojekte zu fördern. Frankreichs Industrie kennt Erfolge von teilweise öffentlich geförderten großen Technologieprojekten. Staatlicher Industriepolitik wird ein größeres Potenzial zugesprochen, als in Deutschland.

Trendumkehr möglich

Auf nationaler und auf europäischer Ebene wird Frankreich in den kommenden Jahren viel dafür tun müssen, um seine verbleibenden industriellen Stärken nicht zu verlieren. Potenzial liegt etwa in traditionell starken Bereichen wie Pharma, Luxusgüter, der Luft- und Raumfahrt oder auch der Kernenergie. Die aktive, innovationsstarke Gründerszene gilt es, bei ihrem Wachstum zu unterstützen und auf internationalen Märkten präsent zu machen.

Es ist gut möglich, dass Frankreich unter dem derzeitigen Druck maßgebliche und durchaus kontroverse Reformen beschließt. Gelingt es so, die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft zu verbessern, besteht eine reelle Chance, dass sich die derzeitigen Trends umkehren. Dabei profitiert Frankreich von seiner guten Kommunikations- und Infrastruktur und einer im Vergleich preiswerten Energieversorgung. Die von Hollande angestrebten Reformen des öffentlichen Sektors und Dezentralisierungsschritte dürften die unternehmerischen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Gleichzeitig muss eine bedachte Haushaltspolitik umgesetzt werden, die Konsolidierung ermöglicht, ohne den Konsum zu stark zu bremsen. Sollten die Immobilienpreise weiterhin langsam nachgeben, könnte dies den Binnenkonsum stützen und die Akzeptanz von Reformen erhöhen. Mittelfristig profitiert Frankreich auch von seiner demographischen Entwicklung: Die Bevölkerung nimmt zahlenmäßig zu, während etwa die deutsche schrumpft. Wenn sich Prognosen bestätigen und es 2050 ebenso viele Franzosen wie Deutsche gibt, wird der Erfolg der notwendigen Erneuerung in Frankreich noch wichtiger sein, als es jetzt in unserem engsten Partnerland schon ist.

Literatur

Altomonte, A., T. Aquilante und G. Ottaviano (2012), »The Triggers of Competitiveness: The EFIGE Cross-country Report«, *Bruegel Blueprint Series*, 17. Juli, online verfügbar unter: <http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/view/738/>.

Barba Navaretti, G., M. Bugamelli, F. Schivardi, C. Altomonte, D. Horgos und D. Maggioni (2011), *The Global Operations of European Firms – The Second EFIGE Policy Report*, online verfügbar unter: <http://www.bruegel.org/download/parent/581-the-global-operations-of-european-firms-the-second-efige-policy-report/file/1441/>.

Gallois, L. (2012), »Pacte pour la compétitivité de l'industrie française«, Rapport au Premier Ministre, 5. November, online verfügbar unter: http://www.gouvernement.fr/sites/default/files/fichiers_joints/rapport_de_louis_gallois_sur_la_competitivite_0.pdf.

Internationaler Währungsfonds (2012a), *France: 2012 Article IV Consultation – Concluding Statement*, 29. Oktober, online verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/np/ms/2012/102912.htm>.

Internationaler Währungsfonds (2012b), *France: Selected Issues*, 6. Dezember, online verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr1303.pdf>.

Schwarzer, D. und C. Jung (2012), »Der Preis der hohen Zinsen. Die hohen Refinanzierungskosten einiger Euro-Staaten belasten weit mehr als nur die Staatshaushalte«, SWP-Aktuell 2012/A 67, November, online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A67_jung_swd.pdf.

Uterwedde, H. (2013), »Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen: Partner und Konkurrenten«, Januar, Online-Dossier Frankreich, Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152436/wirtschaftsbeziehungen>.